

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 27/2024 vom 04.07.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Michalik: Die Handlungen von Andrzej Duda haben zwei wichtige Auswirkungen
- Eindringliches Interview von Ardanowski: PiS ist ein Spielzeug von Kaczynski, Abgeordnete wie Parteisoldaten
- Die Regierung streitet über Lebenspartnerschaften. Wird die Linke der Bauernpartei nachgeben?
- Wir haben keine andere Wahl als den Sieg der Ukraine zu sichern
- Tusk und Migranten. Es lohnt sich, daran zu erinnern, was er vor ein paar Jahren sagte
- Andrzej Duda ist stolz darauf, dass Putins Verbündeter ihn als Freund betrachtet

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczo und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Michalik: Die Handlungen von Andrzej Duda haben zwei wichtige Auswirkungen



Eliza Michalik

Quelle: natemat.pl

*Ein Kommentar von **Eliza Michalik***

Andrzej Duda macht jetzt die Drecksarbeit für die PiS. Er hat 60 Neo-Richter ernannt, obwohl sie illegal sind und die von ihnen gefällten Urteile anfechtbar sein werden. Mit dieser Entscheidung schafft er auf einen Schlag ein rechtliches Chaos in Polen, das Russland entgegenkommt, und betont für künftige Parlamentswahlen die polnische Justiz mit Personen ein, die mit der PiS (oder anderen braunen Parteien) verbunden sind.

Mit dieser Entscheidung verstieß der PAD (Präsident Andrzej Duda) nicht nur gegen die Verfassung der Republik Polen, auf deren Einhaltung er geschworen hatte, sondern auch gegen das Recht der Europäischen Union, wie es in zahlreichen Urteilen polnischer und europäischer Gerichte zum Ausdruck kommt: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Gerichtshof der Europäischen Union, Oberster Gerichtshof und Oberstes Verwaltungsgericht. Er hat dies auch unter Missachtung der Bürger getan, denn laut einer von Oko.Press zitierten Untersuchung wissen die Polen sehr wohl, wer die Neo-Richter sind, und wollen definitiv, dass der Staat ihre Aktivitäten beendet.

Die Spitze des Eisberges

Einer der berüchtigtsten Neo-Richter, über den die Medien ausführlich berichten, ist der ehemalige Ombudsmann für Kinder, Mikołaj Pawlak, der am Kauf von Pegasus beteiligt war - und heute behauptet, sich an nichts davon erinnern zu können. Duda nominierte auch Franciszek Michera von der Abteilung für die Verfolgung von Richtern und Staatsanwälten, die sich dem PiS-Regime widersetzen und die Inhaftierung von Richter Tuleya forderten. Und Maciej Helmin, der ehemalige Präsident des Bezirksgerichts in Malbork, dem Mobbing vorgeworfen wird und der angeblich die Angewohnheit hatte, Frauen, die in seinem Haus arbeiteten, als „dumme Affen“ zu bezeichnen und Angestellte so zu quälen, dass sie seinetwegen Antidepressiva nahmen und in Therapie gingen.

Aber das ist nur die Spitze des Eisberges der skandalösen Ernennungen. Wir haben also wieder einmal Klarheit: Andrzej Duda setzt alles daran, gegen das Gesetz und den Willen des Volkes Personen von zweifelhafter Qualität in die wichtigsten Positionen der Justiz zu bringen.

Seine Handlungen werden zwei Auswirkungen haben. Erstens werden sie Verwirrung und Chaos in Polen stiften, was auch das Hauptziel der russischen Desinformation ist. Es ist unglaublich, dass der polnische Staatspräsident in schwierigen Kriegszeiten die Bürger der Verwirrung, dem Chaos und dem Verlust des Vertrauens in das Justizsystem aussetzt. Die Frage ist, ob es sich dabei „nur“ um einen Skandal und einen Verstoß gegen die Verfassung handelt, oder ob er direkt zum Schaden des Staates handelt.

Das zweite Ziel Dudas ist jedoch zweifellos, die Justiz mit von der PiS nominierten Personen einzubetonieren, Personen mit fragwürdiger Ethik und Moral, ohne Prinzipien und moralisches Rückgrat, die den Autokraten untergeordnet sind, bis diese (unter dem Deckmantel der PiS oder einer anderen autoritären, nationalistischen, braunen Partei) erneut die Wahlen gewinnen.

Duda könnte die Konsequenzen seines Handelns tragen

Professor Krystian Markiewicz, Präsident der Vereinigung Iustitia, weist in dem bereits erwähnten Portal Oko.Press zu Recht darauf hin, dass die von Duda ernannten Neo-Richter sich ebenso wie er bewusst sind, dass sie gegen die Verfassung verstoßen. Und dass allein diese Tatsache ihre Ernennung unmöglich machen sollte, da sie gegen die Grundvoraussetzungen für die Ausübung des Richteramtes verstoßen, welche ein tadelloser Charakter und ein aufrechtes, anständiges Verhalten sind.

Natürlich ist es nicht so, dass er für Verstöße gegen die Verfassung (und ich erinnere Sie daran, dass Duda sie mehrfach verletzt hat, bevor er die Neo-Richter ernannte) in Zukunft nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann. Das ist möglich - aber es erfordert Entschlossenheit, denn es kann nur geschehen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Um ihn vor den Staatsgerichtshof zu bringen, bedarf es eines Beschlusses beider Kammern des Parlaments mit mindestens Zweidrittelmehrheit. Mit ein wenig Entschlossenheit wird es jedoch nicht nur Politikern möglich sein, sondern jedem anderen Bürger ihn straf- und zivilrechtlich haftbar zu machen, sofern nachgewiesen werden kann, dass seine Verstöße gegen die Verfassung auch zu Straftaten im Sinne des Straf- und Zivilgesetzbuches geführt und dem Leben des Klägers konkreten Schaden zugefügt haben.

Ich muss zugeben, dass ich von diesen drei Möglichkeiten am meisten auf die Bürger und die Nichtregierungsorganisationen und vielleicht auch auf die juristischen Organisationen setze, denn das Verhalten der demokratischen Politiker stimmt mich in dieser Frage bisher nicht sehr optimistisch. Das ist schade, denn die Schuldigen nicht zur Rechenschaft zu ziehen, bedeutet, sie zu ermutigen, in Zukunft das Gleiche zu tun, und damit legt man die Schlinge um den eigenen Hals und leider auch um den Hals Polens.

Zsfg.: AV

<https://natemat.pl/560636,michalik-dzialania-andrzeja-dudy-przyniosa-dwa-wazne-efekty>



... JEMAND MUSS IHM SAGEN, DASS ER IMMER IM BEIPACKZETTEL
ÜBER NEBENWIRKUNGEN LESEN SOLL ...

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Eindringliches Interview von Ardanowski: PiS ist ein Spielzeug von Kaczyński, Abgeordnete wie Parteisoldaten



Krzysztof Arsanowski

Quelle: dorzeczy.pl

„Jarosław Kaczyński behandelt die PiS wie ein privates Spielzeug. Die Abgeordneten sind auf die Rolle von Parteisoldaten reduziert worden“, sagt Jan Krzysztof Ardanowski.

Der ehemalige Landwirtschaftsminister Jan Krzysztof Ardanowski [PiS] wird bald eine neue politische Partei gründen. Am Mittwoch teilte er mit, dass die Gespräche über die Gründung einer neuen politischen Kraft bereits seit vielen Monaten laufen.

Am Donnerstag erklärte Ardanowski in einem fast halbstündigen Interview mit Lukasz Janowski auf Radio Wnet, dass seine Entscheidung auf die Situation auf der polnischen politischen Bühne zurückzuführen sei, in der sich die PiS von ihrem früheren Programm entfernt habe. Nach Ansicht des Politikers folgt die Partei nun der Logik des Augenblicks und weiß nicht, wie sie nach der Niederlage bei den Parlamentswahlen wieder an die Macht kommen soll.

„Hat die PiS eine Vorstellung davon, wie man nicht nur eine starke Opposition von 150 oder 200 Freunden des Herrn Vorsitzenden sein kann, sondern wie man in drei Jahren wieder an die Macht kommt? Alleine wird sie nicht erfolgreich sein. Man muss sich überlegen, wie man mit anderen Kreisen, die sich um Polen sorgen, zusammenarbeiten kann“, sagte Ardanowski.

Ardanowski: Kaczyński behandelt die PiS wie sein privates Spielzeug

Der Politiker erinnerte daran, dass er seit Langem auf die Fehler der PiS aufmerksam gemacht und versucht habe, eine innerparteiliche Diskussion zu führen und mit Jarosław Kaczyński zu sprechen, aber in der Parteiführung gebe es kein Nachdenken.

„Kaczyński behandelt die Partei wie sein privates Spielzeug. Es ist eine Partei, in der es weder eine Konfrontation der Ansichten noch eine Diskussion oder ein breites Denken mit Parteiflügeln und Fraktionen gibt, die die Wählerbasis verbreitern, aber auch das Risiko von Fehlern minimieren würden, die jedem passieren können. Nein, es gibt einen mythischen, charismatischen Führer, der im Besitz der Partei ist und nicht kritisiert werden darf. Zu sagen, dass Kaczyński nicht unfehlbar ist, dass er Fehler macht, wird in der PiS als Verbrechen behandelt“, so der ehemalige Leiter des Landwirtschaftsministeriums.

Ardanowski: Diejenigen, die mit der derzeitigen Regierung unzufrieden sind, werden nicht für die PiS stimmen

Ardanowski sagte, dass die Partei angesichts der Abwanderung der Wähler und des schlechten Abschneidens der PiS bei jungen Menschen keine Chance habe, an die Macht zurückzukehren. Er fügte hinzu, dass Wähler, die von der derzeitigen Regierung entmutigt sind und ihre Heuchelei sehen, ohnehin nicht für die PiS stimmen werden. „Daher glaube ich, dass eine starke konservative Strömung, aber auch patriotisch gesinnte Menschen, die sich auf die christliche Tradition berufen, sowie Landwirte, nach einer neuen Vertretung für sie suchen. Ich versuche, Lehren zu ziehen und konsequent zu sein in dem, was ich seit Langem tue. Ich habe den Eindruck, dass eine neue politische Einheit entstehen muss, die diejenigen vertritt, die im Moment niemanden wählen können“, so seine Einschätzung.

Auf Nachfrage erklärte der Politiker, dass er sich aller Nachteile bewusst sei, die mit der Gründung der neuen Partei verbunden seien, wie etwa die Bereitschaft der so genannten „fetten Katzen“, der Partei beizutreten, die Aktivitäten der Geheimdienste und die Probleme mit dem Führungspersonal. Er fügte hinzu, dass er im Gegensatz zu Präsident Kaczyński viel in Polen unterwegs sei, aber nicht für festgelegte Treffen mit Parteikadern, sondern mit den Menschen. Und vor Ort seien der Enthusiasmus und die Erwartungen an die neue Partei von Mitte-Rechts sehr groß.

Neue Partei. Mit wem würde Ardanowski gerne zusammenarbeiten?

Ardanowski sagte, dass viele Kreise vor Ort mit ihm sprechen wollen. Im Hinblick auf eine mögliche Zusammenarbeit wies er darauf hin, dass es in der Kukiz'15-Bewegung viele vernünftige Leute gebe und dass er die *Konfederacja* mit Wohlwollen betrachte. Auf die Frage, ob sein Schritt ein Signal aus dem Präsidentenpalast sei, antwortete er, dass dies nicht der Fall sei und es sich um seine eigene Initiative handle. Er fügte hinzu, dass er die Pläne von Andrzej Duda für die Zeit nach der Präsidentschaft nicht kenne.

„Es ist bizarr, was manche Leute behaupten, dass meine in Führungszeichen Rebellion mit dem Vorsitzenden Kaczyński abgesprochen ist“, sagte Ardanowski und versicherte, dass nichts dergleichen stattfinde. Der Politiker betonte, dass er kein Feind der PiS sei. Er wies darauf hin, dass viele, die mit der Partei sympathisieren, glauben, dass „dieses Pferd nicht mehr ziehen wird“. Er fügte hinzu, dass in der PiS keine Veränderungen vorbereitet werden und dass der Vorsitzende Kaczyński so lange regieren wird, wie er will.

Ardanowski sagte, die Rolle der Abgeordneten der PiS sei auf die eines Parteisoldaten reduziert worden, der im Sejm auf den Knopf drücke, aber viele von ihnen seien fähige Leute, die gerne für Polen arbeiten würden. „Es gibt dort viele Menschen, die verstehen, was in Polen passiert, und den täglichen Kontakt zu Polen haben. Sie fühlen sich im Stich gelassen“, sagte er. Er sagte auch, dass sich seine Initiative unter anderem an sie richte.

Er fügte hinzu, er sei offen für eine Zusammenarbeit mit allen Kreisen, die Polen dienen wollen und denen die Interessen und Angelegenheiten des Landes wichtig sind. Er räumte ein, dass er den konservativen Kreisen am nächsten stehe und eine Zusammenarbeit mit der PiS oder der PSL nicht ausschließe.

Zsfg.: JP

<https://dorzeczy.pl/opinie/603927/mocny-wywiad-ardanowskiego-kaczynski-pis-i-nowa-partia.html>

Die Regierung streitet über Lebenspartnerschaften. Wird die Linke der Bauernpartei nachgeben?



Quelle: wyborcza.pl

Von **Paulina Nodzyńska** und **Iwona Szpala**

Die Legalisierung von Lebenspartnerschaften ist einer der Wahlslogans der Bürger-Koalition und ein Banner der Linken. In der Regierung wird das Thema von Katarzyna Kotula von der Neuen Linken, Ministerin für Gleichstellung, angeführt. Dabei habe sie die volle Unterstützung von Premierminister Donald Tusk, der die Legalisierung von Lebenspartnerschaften bereits im Februar angekündigt hatte, so der KO-Politiker.

Die Sache zieht sich jedoch in die Länge, weil das Projekt, wenn es eine Regierungsvorlage werden soll, die Zustimmung aller Koalitionspartner finden muss. Im Moment gibt es noch Differenzen. In der Bauernpartei PSL spricht man offen: Die Grenze, die man nicht überschreiten wird, ist die Adoption von Kindern in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, wovon Kotula die Bauernpartei zu überzeugen versuchte. Die vorherrschende Meinung in der Fraktion ist, dass das Projekt der Lebenspartnerschaft den parlamentarischen Weg gehen sollte. Bei Abstimmungen über Weltanschauungen ist die Gewissensfreiheit die Regel, so dass politische Vereinbarungen nicht gelten. PSL-Senator Michał Kamiński erinnert uns daran, dass Lebenspartnerschaften nicht Teil der Koalitionsvereinbarung sind. „Die Linke hätte das Thema in den Koalitionsverhandlungen scharf stellen sollen. Am Verhandlungstisch sagen, dass Lebenspartnerschaften oder die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs Bedingungen sind, ohne die sie nicht in die Regierung gehen. Aber sie haben das nicht getan. Die Bürger-Koalition genauso wenig“,

kommentiert Kamiński. „In dieser Situation verstehe ich nicht wirklich, was Katarzyna Kotula jetzt mit Władysław Kosiniak-Kamysz aushandeln will. Worüber sie sich mit ihm einigen sollte. Letztendlich wird es immer noch die individuelle Entscheidung jedes einzelnen Abgeordneten sein. Für mich ist das Projekt der Linken in Ordnung und das ist die Version, die ich unterstützen werde. Aber in der PSL gibt es unterschiedliche Meinungen.“ Kotula selbst war am Montag zu einem „Treffen der letzten Chance“ zur PSL gekommen. Denn, wie sie bereits angekündigt hatte, will sie das Thema Lebenspartnerschaftsgesetz bis Ende Juni abschließen.

Die Bauernpartei: In Warschau klingt alles gut

Die Zahl der Gespräche mit den widerstrebenden Bäuerlichen zu diesem Thema ist schwer zu zählen, da viele davon hinter den Kulissen stattgefunden haben. Seit mehreren Monaten versucht Kotula, sie davon zu überzeugen, dass das Projekt als staatliches Projekt weitergeführt werden sollte. Sie führt dabei unter anderem Sicherheitsaspekte an. „Die Zeiten sind unsicher, das weiß auch Władysław Kosiniak-Kamysz als Chef des Verteidigungsministeriums. Auch deshalb ist es so wichtig, die rechtlichen Fragen für gleichgeschlechtliche Paare zu klären“, erklärt sie der „Wyborcza“.

Dem parlamentarischen Projekt, hinter dem die PSL steht, will Kotula nicht zustimmen. „Es könnte zum Scheitern verurteilt sein. Wir haben eine konservative Regierung, die progressive Seite hat keine Mehrheit. Ich möchte nicht, dass es das gleiche Schicksal erleidet wie die Abtreibungsprojekte, von denen wir nicht wissen, ob und wann sie aus dem Ausschuss kommen“, betont die Ministerin.

Die Ministerin bewertet das letzte Treffen mit der PSL als „gut, sachlich und fachlich“. Allerdings habe es keine Durchbrüche gebracht.

Der PSL-Vorsitzende Władysław Kosiniak-Kamysz hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass er eine Bestimmung, die gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption von Kindern oder die Gleichstellung der Lebensgemeinschaften ermöglicht, nicht unterstützen würde.

Der stellvertretende Sejm-Sprecher Piotr Zgorzelski vertritt eine ähnliche Meinung. In den sozialen Medien schrieb er: „Ich werde nicht für ein Gesetz stimmen, das die Gleichstellung von heterosexuellen Ehen mit homosexuellen vorsieht, da dies ein Verstoß gegen die Verfassung wäre. Mehr noch, ich werde nicht für eine Prämisse stimmen, unter der Adoption möglich ist.“

Im April sagte Władysław Kosiniak in der Fernsehsendung „Kropka nad i“, dass „im Falle einer Tragödie in einer LGBT-Familie das Kind auch einen Vater hat“. Er bat darum, dass seine Meinung respektiert wird. „Wir haben dem Parteivorsitzenden erklärt, dass die anonyme Spende in Polen legal ist. In gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gibt es oft keinen zweiten biologischen Elternteil“, antwortet Ministerin Kotula.

Sie schätzt, dass ca. 50.000 Kinder in Regenbogenfamilien aufwachsen. Genaue Daten werden noch gesammelt. Der andere Elternteil, der das Kind erzieht und im täglichen Leben des Kindes anwesend ist, ist nach polnischem Recht eine dem Kind fremde Person.

Ist Ministerin Kotula bereit, die Adoptionsklausel fallen zu lassen? „Ich bin zu Gesprächen bereit. Ich möchte, dass dies ein Regierungsprojekt ist, denn nur das hat eine Chance auf Erfolg. Irgendwo muss man ja anfangen“, antwortet sie. Am Dienstagmorgen schlug der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Digitalisierung Krzysztof Gawkowski von der Linken in der Talkshow „Rozmowa Piaseckiego“ auf TVN 24 vor, dass dies der Weg zu einem Kompromiss mit der Bauernpartei sei.

Aber die Bäuerlichen lassen sich nur ungern überzeugen, u. a. was Lebenspartnerschaften für heterosexuelle Paare und den Abschluss von Ehen vor dem Standesamt angeht. Sie drängen darauf, dass die Lebenspartnerschaft so weit wie möglich von der Ehe entfernt sein soll. Es gibt Ideen, dass gleichgeschlechtliche Paare vor einem Notar einen Bund schließen sollten.

„Ich hoffe, dass ich Władysław Kosiniak-Kamysz davon überzeugen kann, dass dies eine Frage der Datensicherheit für Menschen ist, die ihren Familienstand ändern. Ein Register mit sensiblen Daten muss von den Standesämtern geführt werden“, betont Kotula. Und ob Paare eine Zeremonie veranstalten oder Erinnerungsfotos vor dem Standesamt machen, darauf hat sowieso niemand Einfluss.

„In Warschau hört sich das alles gut an, aber es reicht, wenn man außerhalb der Stadt geht, und schon ist die Stimmung anders. Die Menschen auf dem Land sind nicht offen für Lebenspartnerschaften, Zugang zur Pille danach oder legale Abtreibung“, erzählt uns eine PSL-Politikerin anonym. Sie macht keinen Hehl daraus, dass die Menschen Angst vor der Reaktion der Kirche und der ländlichen Wählerschaft haben. Sie würden es vorziehen, sich damit nicht auseinanderzusetzen. „Wir arbeiten jeden Tag in den Dörfern, wir sehen Priester, wir sprechen mit den Menschen“, betont sie.

Hołownia ohne Disziplin, und am Ende steht der Präsident

Der Gesetzesentwurf zirkuliert derzeit unter den Politikern, sein Inhalt ist jedoch noch nicht veröffentlicht worden. Bekannt ist, dass er unter anderem das Recht auf Bestattung, das Erbrecht, die Gütergemeinschaft, die Befreiung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die gemeinsame Niederlassung, das Recht auf eine Hinterbliebenenrente, die Möglichkeit, den Partner oder die Partnerin vor Behörden und Gerichten zu vertreten, und das Recht auf medizinische Informationen vorsieht.

In der Bürger-Koalition hört man, dass die Strategie der Linken etwas unverständlich sei. „Schließlich ist von vornherein klar, dass die Bauernpartei in ihrer großen Mehrheit die Adoption von Kindern aus gleichgeschlechtlichen Beziehungen nicht unterstützen wird.

Vor etwa einer Woche sagte Włodzimierz Czarzasty auf TVN24, die Linke sei bereit für ein Kompromissprojekt. Und dann hat sich alles geändert, die Linke hat einen Rückzieher gemacht“, kommentiert die Bürger-Koalition.

Es ist wahrscheinlich besser, diese politische Pattsituation zu durchbrechen und das Projekt endlich ins Parlament zu bringen. Am Dienstag haben die Bäuerlichen ein Fraktionstreffen. Dort sollten sie den Gesetzesentwurf über Lebenspartnerschaften diskutieren. Auch die Partei „Polen 2050“ wird sich nicht disziplinieren, obwohl die Emotionen dort weit weniger heftig sind. Der Vorsitzende dieser Partei, Sejm-Sprecher Szymon Hołownia, kündigte auf einer Konferenz an, dass er selbst für die Einführung des Gesetzes über Lebenspartnerschaften stimmen werde. Er fügte hinzu, dass „wahrscheinlich die meisten Abgeordneten, wenn nicht alle, ebenfalls dafür sein werden“.

Am Ende steht da noch Präsident Andrzej Duda, der kürzlich in einem Interview mit Radio Zet klar erklärte, dass die Adoption von Kindern keine Option sei. „Es ist kein Geheimnis, dass ich gegen diese Art von Lösung bin, dass Kinder von gleichgeschlechtlichen Paaren adoptiert werden“, verkündete er. Kotula erinnert sich: „Präsident Andrzej Duda hatte seine eigene Vorstellung von einem „Gesetz für sich nahestehende Personen“, ähnlich dem französischen Pacs [ein Vertrag, der eine informelle Beziehung zwischen zwei Erwachsenen unabhängig vom Geschlecht legalisiert und 1999 in das Zivilgesetzbuch aufgenommen wurde].

LGBT-Paare zählen bereits die Zeit zwischen der Regierungsübernahme durch die neue Koalition und der Einführung des Gesetzes herunter. Sie haben die Website „100 Tage für Lebensgemeinschaften“ eingerichtet, auf der sie einen Zähler haben. Am Dienstag, den 26. Juni, hieß es: „Wir haben bereits 195 Tage gewartet.“

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,31091989,rzad-spiera-sie-o-zwiazki-partnerskie-czy-lewica-ustapi-ludowcom.html>

Wir haben keine andere Wahl als den Sieg der Ukraine zu sichern



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Von **Bogdan Klich**

Die EU muss den kämpfenden Ukrainern alles geben, was sie brauchen: militärische, wirtschaftliche, politische und humanitäre Hilfe. Dies ist die beste Investition in die Verteidigung der Demokratie in Europa.

Bogdan Klich - Senator der Bürgerkoalition, Vorsitzender des Senatsausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union, ehemaliger Minister für nationale Verteidigung (2007-2011). Von der Regierung für den Posten des polnischen Botschafters in den USA nominiert. Seine Ernennung wird von Präsident Andrzej Duda blockiert.

Am Dienstag, den 25. Juni 2024, zehn Jahre nach dem Kiewer Maidan, als die Ukrainer ihre europäischen Bestrebungen mit dem Blut einer „Himmlichen Hundertschaft“ bezahlten, wird der Europäische Rat einen epochalen Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit dem kämpfenden Land fassen. Der Beitritt zu unserer Familie wird der ultimative Sieg für die Ukraine sein.

Russland hat einen schrecklichen Krieg entfesselt, der darauf abzielt, den ukrainischen Staat zu zerstören und seine Bevölkerung auszurotten. Doch das eigentliche Ziel des strategischen Plans des Kremls ist es, Europa zu destabilisieren und die NATO zu lähmen. Unterdessen hat Russlands Angriff auf die Ukraine die Einheit des Westens gefestigt. Er hat ein „Fenster der Gelegenheit“ geöffnet, um den Beitritt Kiews zur Europäischen Union zu beschleunigen. In Europa hat sich die Gewissheit durchgesetzt, dass, wenn wir den Ukrainern heute nicht helfen, wird es morgen niemanden geben, der uns hilft.

Nach jahrelanger Überzeugungsarbeit von Polen und Balten wurde in Brüssel die Notwendigkeit eines Engagements in der östlichen Nachbarschaft anerkannt. Die letzten Argumente wurden von den heldenhaften Verteidigern der Ukraine geliefert. Kiew verteidigt das grundlegende Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Einfach gesagt: Es verteidigt die europäischen Werte, auf denen wir eine friedliche, demokratische und zivile Gemeinschaft aufgebaut haben.

Die wichtigste langfristige Unterstützung, die Europa der Ukraine bieten kann, ist die EU-Mitgliedschaft. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Zukunft des Landes als wohlhabendes und demokratisches Land zu sichern – mit allen Garantien für finanzielle Unterstützung und Sicherheit.

Das Engagement der EU an der Ostgrenze ist nicht emotional. Europa handelt in seinem eigenen Interesse – es erweitert die strategische Tiefe, indem es die Gefahr eines russischen Angriffs auf das Gemeinschaftsgebiet zurückdrängt. Solange die Ukrainer die Frontlinie im Donbass halten, können sich die Europäer in Stellung bringen, um eine russische Aggression abzuwehren. Der Sinn dieses Ansatzes wird von Jens Stoltenberg, dem Generalsekretär der NATO, bestätigt: „Unsere Unterstützung ist keine Wohltätigkeit. Sie ist eine Investition in unsere Sicherheit“. Indem wir die Ukraine als informelles Mitglied der europäischen Familie behandeln, haben wir beschlossen, die Sicherheitsgrenzen noch weiter nach Osten zu verschieben. Wir haben richtig eingeschätzt, dass die Ukraine die imperialen Ambitionen Russlands eindämmen kann.

Ukrainischer Geschwindigkeitsrekord

Der Prozess der Integration der Ukraine in die Europäische Union hat nicht erst heute begonnen. Zunächst im Rahmen der Östlichen Partnerschaft und seit 2017, dank des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine, ist eine Vertiefung der politischen Beziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Gange.

Die Ukraine beantragte die EU-Mitgliedschaft im Februar 2022 und erhielt bereits im Juni den Kandidatenstatus. Vier Monate später! Im November 2023 gab die Europäische Kommission eine Empfehlung ab zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Einen Monat später gaben die Staats- und Regierungschefs der EU ihre Zustimmung. In seinen Schlussfolgerungen vom Dezember 2023 würdigte der Europäische Rat die bedeutenden Fortschritte, die die Ukraine im Bereich der Rechtsstaatlichkeit sowie der Justiz- und Verwaltungsreform erzielt hatte. Die Arbeiten zur Stärkung der Institutionen zur Korruptionsbekämpfung müssen intensiviert werden.

Im März 2024 empfahlen die Staats- und Regierungschefs der EU, dass die Arbeiten zur Schaffung eines Verhandlungsrahmens unverzüglich fortgesetzt werden sollten. Und nun kommt ein Tag, der in die ukrainische Geschichte eingehen wird. Der Tag, an dem die Internationale Konferenz einberufen wird und die Verhandlungen tatsächlich beginnen.

Dies ist ein Geschwindigkeitsrekord. Kein Land, das der Union beitreten möchte, hat die Strecke zwischen dem Beitrittsantrag und der Vereinbarung über die Aufnahme von Verhandlungen so schnell zurückgelegt. Polen hat seinen Antrag am 8. April 1994 gestellt und die Verhandlungen am 31. März 1998 aufgenommen. Das entspricht vier Jahren. Die Ukraine hat diesen Teil des Beitrittsprozesses doppelt so schnell durchlaufen! Dies ist der beste Beweis für die aufrichtigen Absichten des geeinten Kontinents, Kiew so schnell wie möglich zur nächsten Hauptstadt der Gemeinschaft zu machen. Musste es denn so kommen?

[...]

Überarbeitung der EU-Architektur - nicht jetzt

Nach der Erweiterung wird sich die EU auf neue Herausforderungen einstellen müssen. Die Zugkraft der EU ist nämlich umgekehrt proportional zu ihrer Fähigkeit, die Entscheidungsfindung effizient zu steuern. Das Europäische Parlament spricht sich seit Langem für die Einführung der qualifizierten Mehrheit in Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aus.

Am 22. November 2023 haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit knapper Mehrheit Vertragsänderungen angenommen, die die Abschaffung des Vetorechts im Rat der EU in wichtigen Fragen

vorsehen und die Befugnisse der Europäischen Kommission in Dutzenden von Bereichen erweitern. Die Abgeordneten wollen damit die Gefahr beseitigen, dass einzelne Länder den Reform- und Erweiterungsprozess blockieren.

Eine Vertragsrevision im derzeitigen geostrategischen Kontext würde jedoch die Einheit untergraben und die politische Energie von den wichtigsten Herausforderungen ablenken. Wenn die EU in den mühsamen Prozess der Vertragsreform verwickelt wird, könnte dies zu einer Krise führen, die eine Verzögerung des Beitritts zur Folge hätte.

Aufgabenteilung zwischen der EU und der NATO

Die EU muss ihre Verteidigungskapazitäten stärken. Sie muss ihre Sicherheitspolitik weiterentwickeln und ihre Verteidigungsindustrie ausbauen. Im März 2022 hat der Europäische Rat den Strategischen Kompass angenommen. Dieser ehrgeizige Plan ist von entscheidender Bedeutung, denn ein Europa mit verbesserten Verteidigungsfähigkeiten wird zur globalen Sicherheit beitragen. Wir müssen über ein Instrumentarium verfügen, um gemeinsam auf Bedrohungen zu reagieren.

Wir haben uns zunächst mit der Definition der Pfeiler befasst: schnelle Einsatzfähigkeit, gemeinsame Übungen und Bereitschaft für Auslandseinsätze, verstärkter Informationsaustausch und Cyberverteidigung. Aber die Herausforderungen gehen über diesen Horizont hinaus.

Die Europäische Union ist nicht in der Lage, Krieg zu führen, und wird dies auch noch lange nicht sein, da sie kein Verteidigungsbündnis ist. Deshalb vertieft sie konsequent ihre Zusammenarbeit mit der NATO und teilt sich Aufgaben und Verantwortung. Die Aufgabe der EU ist es, den Rücken zu decken. Keine Armee kann einen Krieg gewinnen, ohne die Infrastruktur, die Logistik und die Moral im Hinterland zu kontrollieren. Die NATO hat keinen Einfluss auf die Rüstungsindustrie. Es ist die EU, die für Waffen und Munition für die Ukraine bezahlt. Seit den ersten Kriegstagen ist die Europäische Friedensfazilität (EPF), aus der bisher mehr als 11 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Ukraine geflossen sind, zu einem Symbol für dieses Engagement geworden.

Das europäische Territorium ist eine zweite Verteidigungslinie, um auf den schlimmsten Fall vorbereitet zu sein. Die EU ist dabei, von der Krisenreaktion zu einer verstärkten langfristigen Verteidigungsbereitschaft überzugehen. Sie hat zwei Hauptaufgaben: Sie muss die Infrastruktur für die rasche Verlegung von Truppen vorbereiten und Geld für den Kauf von Kampfausrüstung aufbringen.

Die neo-imperiale Vision des Kremls

Die Modernisierung und Stabilisierung der Ukraine würde die Russen dazu veranlassen, sich zu fragen, warum sie keinen Anteil am Wohlstand und Demokratie haben. Aber Putins Regime hat keine andere Idee für Russland als den Krieg. Putin wird bis zum Ende angreifen, denn es ist die Angst vor einem weiteren unabhängigen Nachbarland, die ihn zum Kampf getrieben hat. Denn hinter dem Einmarsch Russlands in die Ukraine steht eine neoimperialistische Vision: Der Kreml will Europa wieder durch ein Konzert der Mächte regieren, in dem die großen Länder über das Schicksal der kleinen entscheiden. So wie nach dem Wiener Kongress von 1815. Das ist ein Anachronismus, eine völlige Negierung unserer Ideale und der Grundsätze, auf denen wir eine europäische Gemeinschaft der Sicherheit und des Wohlstands aufgebaut haben.

Deshalb ist ein ukrainischer Sieg für uns unbezahlbar. Die Ukrainer dürfen nicht verlieren, denn sonst besteht die Gefahr, dass der Krieg in die EU getragen wird. Aus diesen Gründen muss Europa die Verteidiger mit allem versorgen, was die kämpfenden Ukrainer brauchen: militärische, wirtschaftliche, politische und humanitäre Hilfe. Dies ist die beste Investition in die Verteidigung der Demokratie.

Die Ukraine kämpft um ihr Überleben als souveräner Staat. Ihre Grenzen sind durch das Völkerrecht genau festgelegt. Russland muss sich aus dem gesamten ukrainischen Hoheitsgebiet zurückziehen. Kiew zu Verhandlungen zu zwingen, würde jede Hoffnung auf ein Bündnis mit dem Westen zunichtemachen. Der Kreml muss sich sicher sein, dass er mit Gewalt nichts erreichen wird. Wir haben also keine andere Wahl, als für den Sieg der Ukraine zu sorgen. Es ist unsere friedliche europäische Ordnung, die von Russland angegriffen wird. Und Europa kann es sich leisten, einen Krieg gegen jeden Aggressor zu gewinnen.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,31084634,nie-mamy-innego-wyjscia-jak-zapewnic-ukrainie-zwyciestwo.html>

Tusk und Migranten. Es lohnt sich, daran zu erinnern, was er vor ein paar Jahren sagte



Quelle: wyborcza.pl

Von **Dominika Wielowieyska**

Im Gegensatz zu dem, was die PiS erzählt, hat Donald Tusk in den letzten zehn Jahren stets dieselbe Philosophie in Bezug auf Migranten vertreten. Er wendet sich gegen die rassistischen Ansichten der rechtsradikalen Parteien, identifiziert sich aber nicht mit dem Ansatz der Linken und der NGOs, die die Aufnahme von Migranten fordern.

Arabischer Frühling, der Herbst der Europäischen Union

Im Jahr 2010 revoltierten die arabischen Länder gegen repressive Regierungen. [...]

In dieser Zeit war Tusk Vorsitzender des Europäischen Rates und koordinierte damit die Arbeit des einflussreichsten Gremiums der EU, das sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammensetzt. Seine Amtszeit dauerte von 2014 bis 2019. Dass er eine so herausragende Position einnahm, war auch der Unterstützung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zu verdanken. Im Jahr 2015 jedoch verfolgte Tusk eine kritische Politik gegenüber Merkel, die die Tür für Flüchtlinge und Migranten öffnete. Ihr Satz „Wir schaffen das!“ und ihre Aussage, dass „denen, die Hilfe brauchen, in Europa Asyl gewährt werden muss“, sind in die Geschichte eingegangen.

[...]

Ein großer Teil der Bevölkerung empfand dies als Fehler, und diese edle Politik mag zum Aufstieg der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) beigetragen haben. Gleichzeitig beschloss die ungarische Regierung von Viktor Orbán im Juli 2015 den Bau einer Mauer an der Grenze zu Serbien.

Migrationskrise und Merkels offene Tür. Was hat Tusk dazu zu sagen?

[...]

Er stand der Öffnung von Türen kritisch gegenüber und setzte sich für einen stärkeren Schutz der Außengrenzen der Union ein.

Im November 2015 berief er einen informellen Gipfel speziell zum Thema Migration ein. Die Staats- und Regierungschefs der EU erörterten, wie die im September und Oktober vereinbarten Maßnahmen schneller umgesetzt werden können.

[...]

Gleichzeitig äußerte sich Tusk skeptisch über die Umverteilung. Er warnte, dass die Zukunft des Schengen-Raums auf dem Spiel stehe. Er bekräftigte, dass die EU die Kontrolle über ihre Außengrenzen zurückgewinnen und Migranten effektiv registrieren müsse. [...]

Der Ton seiner Rede unterschied sich deutlich von dem Merkels.

[...]

Nicht nur die „FAZ“ bemerkt den Streit. „Tusk - der Mann, der nur dank ihrer Hilfe zum Präsidenten des Europäischen Rates aufgestiegen ist - ist ihr in den Rücken gefallen“, heißt es im „Spiegel“.

Die Europäische Union verträgt sich mit Libyen, aber die Verlagerung hinkt hinterher

Tusk versucht, seinen Ton zu mäßigen und auf Merkel zuzugehen. Einen Moment später, im Mai, ist die Rede des Chefs des Europäischen Rates anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Europäischen Volkspartei charakteristisch. Ungarn wurde damals wegen seines rücksichtslosen Umgangs mit Migranten und dem Bau der Mauer stark kritisiert.

[...]

Der Pole [Tusk] setzt sich jedoch weiterhin für die Stärkung der Grenzen ein und für eine Einigung mit den wichtigsten Ländern auf der Route der Migranten nach Europa. Und die Union unterzeichnet im Februar 2017 auf dem Malta-Gipfel eine Erklärung: Die Mitgliedsstaaten werden das chaotische Libyen dabei unterstützen, die Kontrolle über seine Land- und Seegrenzen wiederzuerlangen und Menschenschmuggler zu bekämpfen.

[...]

Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Vetternwirtschaft, staatliche Vereinnahmung - in allen Fragen, in denen die PiS nach Budapest schaut und sich von dort inspirieren lässt, ist Tusk konsequent gegen Orban. Aber er kritisiert Orban nicht für seine Migrationspolitik.

Tusk unterstützt Pushbacks in aller Stille

Bis zum Krieg in der Ukraine scheint sich die Situation relativ in Grenzen zu halten.

Im Juli 2021 kehrt der ehemalige Präsident des Europäischen Rates in die polnische Politik zurück. Nur einen Monat später entfacht Lukaschenko eine Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze. Und Tusk muss nachdenken. Er wählt seine Worte mit Bedacht, aber in Wirklichkeit befürwortet er Pushbacks, auch wenn er dies nicht ausdrücklich formuliert. Er ist der Meinung, dass jemand, der die Grenze illegal überschreitet, gegen das Gesetz verstößt und zurückgewiesen werden sollte. Wenn er nach Polen einreisen will, muss er die offizielle Route benutzen.

[...]

Bei einer anderen Gelegenheit argumentiert er, dass „die polnischen Grenzen dicht und gut geschützt sein müssen. Wer dies infrage stellt, hat nicht verstanden, was ein Staat ist. Beim Schutz geht es nicht um antihumanitäre Propaganda, sondern um effizientes Handeln“.

Er unterlässt es nicht, darauf hinzuweisen, dass „in der Zeit von PiS eine Rekordzahl illegaler Migranten die polnische Grenze überquert hat“, erklärt aber, dass die Grenzschutzbeamten notfalls Gewalt anwenden müssen.

[...]

„In der Politik geht es darum, für die Folgen seines Handelns verantwortlich zu sein, nicht für seine Absichten. Man muss alle Konsequenzen, auch die weitreichenden, seines Handelns, seiner Äußerungen, seines Ausdrucks verstehen“, sagt er auf der Tagung der Bürgerplattform [PO] in Plonsk. [...]

„Diese Buchstaben - PO - müssen wieder, wie einst, ‚volle Verantwortung‘ bedeuten. Sie sind verantwortlich für die Hoffnungen und Ängste des polnischen Volkes, nicht für Ihre Karrieren. Ich verstehe dieses Bedürfnis, dass es eine Kamera gibt und ich etwas Attraktives sagen will. Ich selbst habe auch immer gedacht, dass dies das Wesen der Politik ist. Aber wirkliche Politik ist die Politik der Verantwortung - für die Menschen, für das, was man sagt, was man tut“, sagt Tusk.

[...]

Und er sagt: „Wir können nicht aufgeben, ich weiß, das Herz sagt das manchmal, aber wir können keinen Kontinent und kein Land ohne Grenzen haben. Denn wir werden verloren sein, wir werden nicht überleben. Das ist die Wahrheit. Man muss einen ethischen Sinn haben, einen praktischen Sinn und sich an die Verfahren halten.“

[...]

Natürlich verteilt Tusk die Akzente je nach Situation unterschiedlich. Im Herbst 2022, während des 14. gesamtpolnischen Frauenkongresses, erklärt er, die größte Lüge der letzten Jahre sei, „dass der Staat, um seine Grenze zu schützen, grausam, rücksichtslos und völlig frei von humanitären Prinzipien sein muss“. „Niemand in Polen darf im Busch vor Kälte, Hunger oder Krankheit sterben, egal welche Hautfarbe er hat, woher er geflohen ist und aus welchem Grund. Das muss endgültig aufhören“, erklärt Tusk.

[...]

Denn das ist auch der Hauptzweck des Migrationspaktes: die Migration zu stoppen, etwas, worüber in Polen nicht oft gesprochen wird, da das Narrativ von der PiS dominiert wird, die lügt, dass die EU Scharen von Migranten hereinlassen will, um sie dann nach Polen zu schicken.

[...]

Bürgerkoalition gegen den Grenzzaun. Aber nicht aus Sorge um Migranten

Heute wirft die PiS Tusk vor, dass die Bürgerkoalition, als sie in der Opposition war, gegen den Bau des Zauns an der polnisch-weißrussischen Grenze gestimmt hat. Das stimmt, aber die Argumentation der KO lief darauf hinaus, dass die Regierung der Vereinigten Rechten den Bau ohne Ausschreibungen anordnen würde.

Und dann wies KO, ebenso wie die an der Grenze arbeitenden Aktivisten, darauf hin, dass der Zaun keine Barriere für Migranten darstellt. Die Stäbe lassen sich leicht verbiegen und das Fehlen angekündigter Kontrollen führt dazu, dass der Strom der Menschen ungehindert durch den Zaun fließt.

[...]

Konfederacja und die PiS versuchen, den Polen etwas Anderes weiszumachen, denn sie haben ihre jüngste Kampagne für das Europaparlament auf die gleiche Anti-EU-Karte gesetzt wie vor den Parlamentswahlen am 15. Oktober, aber sie belügen ihre Wähler. Merkels „offene Tür“, die Europäische Union, ist längst zugeknallt. [...]

Traurig, aber wahr. Die Politik muss sich dem Willen der Mehrheit der Bürger anpassen. Sowohl in Deutschland als auch in anderen EU-Mitgliedstaaten. Die Wahlerfolge rechtsgerichteter und rechtspopulistischer Parteien in den letzten Jahren in verschiedenen EU-Ländern sind der beste Beweis dafür.

[...]

Tusk bekämpft Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Tusks Linie ist also seit der Migrationskrise 2015 unverändert: wasserdichte Grenzen und die Unterbindung des Migrantenstroms um jeden Preis. Aber, und das muss angesichts der zunehmenden Kritik der linksliberalen Seite des Premierministers am „Schutzschild für den Osten“ und an den Vorschriften zur Stärkung der uniformierten und der Grenzdienste deutlich werden, dass diese realistische Politik Tusk verbindet mit dem Kampf gegen jeglichen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

[...]

Für viele ist das ein Widerspruch in sich: Wie kann Tusk die fremdenfeindlichen Auswüchse der Rechten verurteilen und Respekt für Menschen anderer Kulturen und Hautfarben bekunden, während er ihnen gleichzeitig den freien Eintritt in ein offenes, mitfühlendes Europa verweigert. Der Premierminister wurde von Aktivisten, moralischen Autoritäten und wichtigen kulturellen Persönlichkeiten mit einer guten demokratischen Bilanz, wie Agnieszka Holland, heftig kritisiert.

„Wenn die einzigen Werkzeuge Knüppel, Schusswaffen, Stacheldraht und Grausamkeit sind, kann das Ergebnis nur eine Eskalation der Krise sein“, kommentierte die Regisseurin in *Wirtualna Polska* die jüngsten Regierungsmaßnahmen. [...]

Tusks Antwort hätte lauten können: Ohne meine Strategie hätte die PiS weiter regiert und es wäre noch schlimmer gekommen. Denn die Stimmung in der Bevölkerung ist unmissverständlich.

IPSOS hat im Auftrag von *Oko.press* und TOK FM eine Frage wiederholt, die im September 2021 und November 2022 gestellt wurde: „Es gibt einen anhaltenden Streit darüber, wie die Behörden mit Menschen umgehen sollen, die versuchen, die polnische Grenze zu Weißrussland zu überqueren. Welche Ansicht liegt Ihnen näher?“. Abgesehen von „schwer zu sagen“ standen zwei Antworten zur Auswahl:

- Sie sollten eingelassen werden und ihre Asylanträge sollten bearbeitet werden.
- Lassen Sie sie nicht einreisen, und wenn es ihnen gelingt, die Grenze zu überqueren, lassen Sie sie auf die belarussische Seite zurückkehren.

[...]

Nicht weniger als 67 Prozent der Befragten unterstützen die Abschiebung von Menschen nach Belarus, nur 19 Prozent sind dagegen. Und es ist kaum verwunderlich, dass sich die Einstellung der Polen zur Krise an der Grenze geändert hat, wenn man bedenkt, dass Angriffe aggressiver und bewaffneter Gruppen aus Weißrussland immer häufiger werden und die Erinnerung an den Tod des jungen Soldaten noch sehr frisch ist.

[...]

Nur, dass Tusks Strategie genau darauf abzielt, diese potenziell gefährlichen, giftigen Emotionen zu beschwichtigen. Tusk glaubt, dass gerade die Eindämmung der Migrantenflut dazu beiträgt, die rassistische Rhetorik zu bekämpfen, während ein unkontrollierter Zustrom unweigerlich den Rassismus verstärken wird, weil bestimmte soziale Prozesse wie Abneigung und Angst vor Fremden nicht kontrolliert werden können.

[...]

Und Tusk, immerhin ein Historiker, der weiß, dass edle Beschwörungsformeln die Mechanismen, die die Reaktionen der Öffentlichkeit steuern, nicht so einfach ändern können, versucht genau das.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,31073187,tusk-i-migranci-warto-przypomniec-co-mowil-kilka-lat-temu.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Andrzej Duda ist stolz darauf, dass Putins Verbündeter ihn als Freund betrachtet



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Wie kam Duda auf die Idee, sich selbst vor Präsident Xi Jinping zu erniedrigen?

Das autoritäre China und das demokratische Polen sind politisch durch eine Kluft getrennt. Polen unterstützt die Ukraine, die gegen die russische Invasion kämpft, von ganzem Herzen und wappnet sich für den Fall eines russischen Angriffs. China ist ein russischer Verbündeter, der die ausgeblutete russische Armee im Stillen mit Munition, Waffen und Drohnen versorgt.

„Sie unterstützen Russland so weit wie möglich“, warnte der stellvertretende US-Außenminister Kurt Campbell vor einem Monat in Brüssel. Seine Warnungen, Peking keinen Glauben zu schenken, sind in Warschau sicherlich gehört worden. Ebenso wie die Worte des US-Diplomatiechefs Antony Blinken, der China öffentlich der Einmischung in die US-Wahlen beschuldigte. Im Mai wurde Wladimir Putin in Peking mit Ehren empfangen, als er und Xi, angesichts eines feindseligen Westens Einigkeit zelebrierten.

Peking betreibt den Völkermord an den Uiguren, hält eine Million Menschen in Gulags, bereitet einen Angriff auf das demokratische Taiwan vor, will Asien militärisch dominieren und infiltrierte Europa. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu China sind jedoch so stark, dass der Westen, einschließlich Polen, dazu verurteilt ist, mit China zusammenzuarbeiten. Die Staats- und Regierungschefs der EU reisen nach Peking und Präsident Xi reist nach Europa. Daher ist der bloße Besuch des polnischen Präsidenten in China nicht überraschend, da Polen auch wirtschaftliche Interessen in Asien hat.

Dudas besorgniserregende Erklärung

Es ist gut, dass Duda ein weiterer führender Politiker war, der Xi die Wahrheit darüber sagte, was Russland in der Ukraine tut, und ihn aufforderte, den Aggressor nicht länger zu unterstützen. Zuvor hatten u. a. Bundeskanzler Scholz und Präsident Macron dies gefordert. Sie sind in dieser Frage nicht weitergekommen.

Aber warum hat Andrzej Duda in China öffentlich und unterwürfig verkündet, es sei eine große Ehre für ihn, dass Herr Präsident (Xi) ihn als Freund bezeichnete? Im Ernst, kann der Präsident einer großen Autokratie der Freund des polnischen Staatschefs sein? Der Präsident des Landes, in dem die Solidarność geboren wurde und das sich rühmt, die kommunistische Diktatur gestürzt zu haben? Dudas Gedanken kreisen wahrlich in unerforschten Bahnen.

Der polnische Präsident erniedrigt sich selbst vor Menschen, zu denen er lieber Abstand halten sollte. Das Herumscharwenzeln um Trump hat für Polen nichts Gutes gebracht. Wird das Einschmeicheln bei Xi mehr bringen? Ich bezweifle es.

Wir erinnern uns, wie Duda während der Pandemie seine Beziehungen zum chinesischen Präsidenten nutzte, um eine Lieferung von Masken und anderen Schutzmaterialien zu organisieren. Die Lieferung kam an Bord einer großen Antonow in Warschau an, die PiS-Regierung machte ein Propagandakrippenspiel daraus, aber die Masken waren unbrauchbar, weil sie nicht den medizinischen Standards entsprachen.

Besorgniserregend ist, dass die Botschaften von Andrzej Duda für die westlichen Verbündeten weit weniger wohlwollend sind als für Xi. Sie laufen auf den Slogan hinaus: „Sie werden uns nicht in fremden Sprachen vorschreiben, welche Art von politischem System wir in Polen haben sollten und wie polnische Angelegenheiten zu regeln sind.“ Und basta.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7.75399.31091087.andrzej-duda-jest-dumny-ze-sojusznik-putina-uwaza-go-za-przyjaciela.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: polskieradio.pl

„Kaczynski will den Migrationspakt aufkündigen, der erst in zwei Jahren in Kraft treten soll. Interessant ist, dass sich seine Anhänger an einer solchen Verachtung des Intellekts nicht stören.“

Radoslaw Sikorski - polnischer Außenminister

Quelle: <https://x.com/sikorskiradek/status/1804510261455290839?s=19>

taz.de

Mühsame Rückkehr zum Rechtsstaat

<https://taz.de/Polens-Justizminister-in-Freiburg!/6020103/>

airliners.de

Grünes Licht für umstrittenen Zentralflughafen in Polen

<https://www.airliners.de/gruenes-licht-umstrittenen-zentral-flughafen-polen/75211>

welt.de

Polen und Balten fordern Verteidigungslinie entlang der Grenze zu Russland

<https://www.welt.de/politik/ausland/video252227670/EU-Gipfel-Polen-und-Balten-fordern-Verteidigungslinie-entlang-der-Grenze-zu-Russland.html>

juedische-allgemeinede

Scharfe Beobachterin

<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/scharfe-beobachterin/>

zeit.de

Anne Applebaum erhält Friedenspreis des Deutschen Buchhandels

<https://www.zeit.de/kultur/literatur/2024-06/anne-applebaum-friedenspreis-des-deutschen-buchhandels>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik